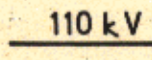

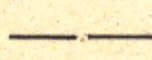


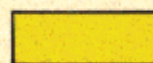


	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans		Vorhandene Hochspannungsleitung
	Reines Wohngebiet		Begrenzung der unverbindlichen Vormerkung
z.B. II	Zahl der Vollgeschosse, als Höchstgrenze zwingend		Vorhandene Gebäude
z.B. ①	Grundflächenzahl		
GFZ	Geschossflächenzahl		
o	offene Bauweise		
	Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig		
GH	Gartenhofhäuser		
	Baugrenze		
z.B. D < 45°	Höchstzulässige Dachneigung		
	Straßenverkehrsfläche		
	Straßenbegrenzungslinie		
o	Straßenhöhe bezogen auf NN		
	Versorgungsflächen sowie Flächen für die Beseitigung von Abwasser		

**Kennzeichnungen**

**Hinweise**  
Maßgebend ist die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 26. November 1968 (Bundesgesetzblatt I Seite 1238)

Längenmaße und Höhenangaben in Metern

Der Katastralausschnitt (Katasterkarte) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplans dem Stand vom Dez. 75

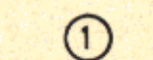


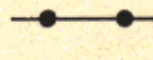
**VERORDNUNG**  
23.12.80 (GVBl. S. 408)

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt. Die Begründung des Bebauungsplans kann beim Staatsarchiv eingesehen werden.

(3) Es wird auf folgendes hingewiesen:

- Ein Abdruck des Plans und seine Begründung können beim örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt zur Verfügung stehen, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.
- Wenn die in §§ 39 i. 40, 42 bis 44 des Bundesbaugesetzes bezeichneten Vermögensrechte eingetreten sind, kann ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungsprüfungsamt beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Satz 1 bezeichneten Vermögensrechte eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
- Der Einwand, daß eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes vorliegt, ist unbeachtlich, wenn er nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Verkündung verletzt worden sind.

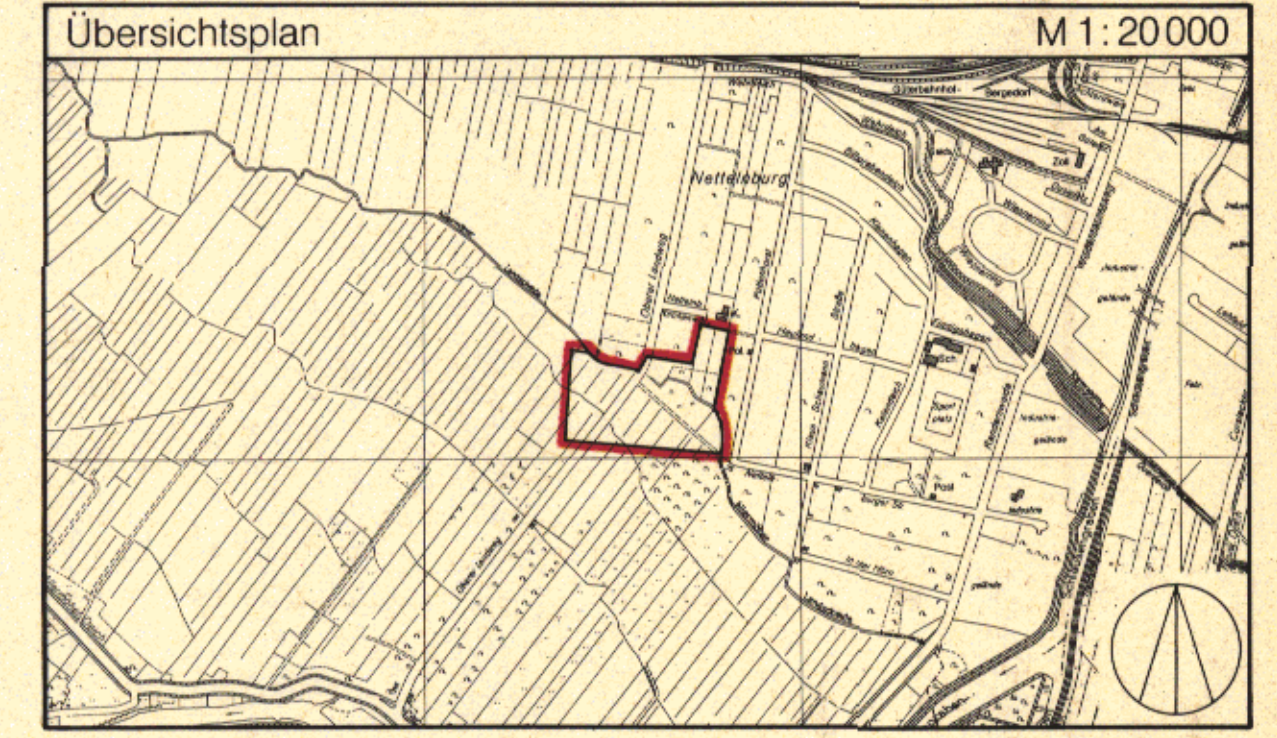
**Gesetz**  
über den Bebauungsplan Allermöhe 17 / Bergedorf 62  
Vom 9. November 1977  
Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 355

	Schmutzwasserpumpwerk (Freie und Hansestadt Hamburg)
	Grünfläche
	Schutzwall mit Anpflanzungsgebot
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung


§ 1  
(1) Der Bebauungsplan Allermöhe 17 / Bergedorf 62 für den Geltungsbereich Oberer Landweg - Nordgrenze des Flurstücks 940, Westgrenze des Flurstücks 1879, über das Flurstück 1878 (Nettelburger Kirchenweg), Ostgrenze des Flurstücks 1879 der Gemarkung Bergedorf - Ostgrenzen der Flurstücke 1321 und 1323 über die Flurstücke 1060, 1063, 1062 (Oberer Landweg), 1024, Nordgrenze des Flurstücks 1024 der Gemarkung Allermöhe (Bezirk Bergedorf, Ortsteile 610 und 602) wird festgestellt.

§ 2  
Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

- In den Wohngebieten mit einer Dachneigung von höchstens 15 Grad sind Staffelgeschosse unzulässig.
- In den Wohngebieten mit einer Dachneigung von höchstens 45 Grad darf die Firsthöhe der Gebäude 9,5 m über Normalnull nicht überschreiten.



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG



**Bebauungsplan**  
Allermöhe 17/Bergedorf 62  
Maßstab 1:1000  
Bezirk Bergedorf Ortsteile 610 u. 602

Geändert durch den Bebauungsplan Allermöhe 21 / Billwerder 15 vom 19.5.82 (GVBl. S. 130/131)